

Sächsische Volkszeitung

Wochenpreis: 12 Pfennig bei 10 Ausgaben A mit 100 Pfennig Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M. einjährig 120 Pfennig. Preis der Einzelnummer 5 Pf. Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Abgaben: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Beilagen: alle Anzeigen 1.40 M., im Restbetrag 3.50 M. - Für unendlich geringe sowie auch für unendlich große Anzeigen können die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Die politische Taktik der Sozialdemokratie

(Eigener Bericht unseres nach Oberösterreich entsandten Sonder-Berichterstatters)

Die Arbeitsaufnahme der sozialdemokratischen Partei am Montag vormittag vollzog sich schon in einem prägnanteren Rahmen, als die Eröffnung am Vorabend. Man prangt ein rotes Banner mit der Aufschrift: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in Saalmitte und die Wästen von Karl Marx und August Bebel trugen auf dem lorbearbeiteten Podium. Dort oben thront der Parteihauptling Wels. Der hübsche Otto, Einmalig, Aufbruch von Berlin genannt. In den Händen der Spartaisten ungelassen Angelegenheit sein Leben an einem Faden. Rühmlich-Truppen haben ihn aus der Matrosenburg des Berliner Marzalles heraus. Ein Mann voller Energie, laute Stimme, polternde Wästen, überaus schüchternes Temperament, das manchmal mit ihm durchgeht, hat etwas vom Kommandanten, im Grunde ein harmloser, feindsüchtiger Mensch, der einen fröhlichen geselligen Kreis nicht verachtet. Dort fühlt er sich vielmehr am wohlsten.

Kollaborat, der Parteibeamten, soll, wie wohl ein halbes Dutzend mal verjüngt wird, ganz kurz über die Absichten der Programmkommission berichten. Man wußte, warum man dem alten abgekämpften Herrn die Wohnung der Mühsal so sehr ans Herz legte. Er redete dafür um so länger! Die ganze Geschichte der Programmkommission der sozialdemokratischen Partei sollte er auf. Viel Kritik, aber keinen einzigen positiven Vorschlag! So wird also auch jetzt wieder eine Programmkommission gebildet, die weiter beraten soll. Ein heikler Punkt, auf dessen Einzelheiten niemand eingegangen sich getraute, war abgelehnt.

Ein lebhafteres Interesse nach außen mußte schon der von Franz Krüger erstattete Bericht des Parteivorstandes hervorrufen. In der Stellungnahme zu all den politischen Tagesfragen kam die Meinung der oberösterreichischen Parteikongresse zum Ausdruck. Zwei Hauptpunkte traten hervor: einmal die sozialistische Fingung und zum zweiten die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien.

Einigung unter allen Umständen, wie sie noch im Vorjahre in Kassel gefordert worden ist, will jetzt niemand mehr. Die Differenzen zwischen USR und SPD in dieser Frage liegen nur in der Forderung zur Bildung einer Regierungskoordination. Es ist wohl interessant, in diesem Zusammenhang den Redner der Oppositionspolitik der Unabhängigen im Reichstag anhören zu hören, da sie dort wohl hohe Forderungen stellen, dann aber die Forderung der Ausgaben zu beschaffen sich weigern. Man hört dabei dieselben Argumente, die früher die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber wegen genau der gleichen Haltung geltend gemacht haben. Und nun merkt man erst so recht, wie rund die Politik ist und wie bürgerlich die Sozialdemokratie heute geworden ist, da sie selber die Bürde der Verantwortung zu tragen hat.

Einigung? Ja! Aber Politik, kein „Affentheater“. Das ist die Linie, wie sie die Sozialdemokratie gegen die Unabhängigen zieht!

Und nun die Koalitionsfrage. Da sagt die Sozialdemokratie folgendes: „Grundsätzlich sind wir bereit zur Teilnahme an Koalitionen. Wir können diese weniger denn je diese Bereitschaft an bestimmte Parteien knüpfen. Wir können nicht sagen: Unter allen Umständen, aber auch nicht unter keinen Umständen! Wir müssen vielmehr alles abstimmen auf die Frage: Welche Politik können wir mit dieser oder jener Partei treiben?“

Man wird zugeben, daß der Rahmen der hier verhandelten wird, wesentlich weiter, als der von Kassel, gezogen ist. Hier wird eine Opportunismuspolitik vertrieben, die wiederum mit den Traditionen des Agitationsprogramms von Eshedem keine, auch nicht einmal eine Verwandtschaft: die Verbindung nicht hat.

Der Sozialdemokratie kommt es hauptsächlich darauf an, die Republik, ihre Errungenschaft, zu sichern. Darum stellt sie für die Mitarbeit mit bürgerlichen Parteien ihre Bedingungen. Man sagt gestrichelt nicht, daß für diese oder jene Partei diese Bedingungen zu gelten hatten, sondern sie sollen für jede für eine Koalition in Frage kommende Partei gelten sein. Darum nannte man in Kassel im offiziellen Referat auch die Deutsche Volkspartei nicht besonders. Krüger meinte, daß zum Beispiel in der Steuerpolitik besser mit Stresemann, als mit dem Demokraten Gothein auszukommen sei, mit dem letzteren könnte man über die Dinge überhaupt nicht reden!

Die Bedingungen selbst lauten im einzelnen, nach der vom Parteitag angenommenen Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses wie folgt: Anerkennung und Verleidiung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Wirtschaft und der Volkswirtschaft, Sicherung und Ausbau der Sozialversicherung, Politik der Völkerverständigung, lokale Erfüllung des Friedensvertrages in den Grenzen unserer Verfassungsmäßigkeit und Aufhebung der dadurch bedingten Lasten, in erster Linie durch weitestgehende Ermächtigung des Volkes.

Diese „Grundsorderungen“ sollen aber, um ganz sicher zu gehen, in einem Arbeitsprogramm Aufnahme finden. Die Sozialdemokraten verlangen das Bekanntnis der Koalitionsparteien zu diesem Programm, und seine Durchführung.

So die politische Taktik der Sozialdemokratie, gewährt durch den Sprecher des Parteivorstandes. In diesen Punkten drückt sich der politische Wille der Partei aus, mit ihm muß man sich nun auseinandersetzen. Man kann freilich nicht sagen, daß diese Rede irgend etwas Neues oder Originelles bedeutete, seit Kassel kann man ja schon die ganze Tendenz. Die Delegierten konnten der Sache auch nicht allzuviel Offenbarung und Weisheit abgewinnen, sie verhielten sich zu dem Referat eigentlich fast „Inaktivität“.

Der Organisations- und Affentheater, den die Partei erstattet, das ein anschauliches Bild über die rege Parteileben. Und manches, was man dabei über die innere Organisation lernte, könnte andererseits sehr wohl, zur Lehre dienen. Das gilt

England gegen das Sanktionsunrecht

London, 20. September. (Reuter.) Es scheint mit Sicherheit angenommen zu werden dürfen, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Gewährung von Einbußen durch Deutschland zu beobachten, loyal anzunehmen beabsichtigt. Ueber die genaue Auslegung dieser Entscheidung gingen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Es ist indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird und die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzige noch ausstehende Frage betrifft den Punkt, ob die internationalisierte Organisation die Eigenmacht eines Beobachters haben soll, um über die Verteilung von Lizenzen zu wachen und über jede Unbilligkeit und unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Verletzung von Lizenzen ihre veto einzulegen. Die britischen Kreise sind für die erstgenannte Auffassung.

Anmerkung des B. I. B.: Diese Neuterklärung bestätigt das, was über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission zu bilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber dem anderen in der Handhabung der Einfuhrregelung benachteiligt wird. Sie wendet sich jedoch - und dieser Standpunkt wird nach der Neuterklärung von der englischen Regierung geteilt - gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff in die deutsche Wirtschaftshoheit erkläre werden müßte.

Ein französisch-englischer Geheimvertrag

Paris, 20. September. Der „Matin“ veröffentlicht einen Geheimvertrag, den Clemenceau am 15. Dezember abgeschlossen. In diesem Vertrag lautet es u. a., daß die Zahlungen Deutschlands in erster Linie zur Deckung der Befugnisse der Besatzungsmächte dienen sollen, die Deutschland unter dem Friedensvertrag vorgezeichneten Bedingungen bewilligt werden können. In zweiter Linie sollen die Zahlungen zur Deckung der belgischen Priorität dienen. Sobald diese Zahlungen einmal erfolgt sind, wird zu einer proportionalen Verteilung aller Zahlungen Deutschlands geschritten werden, die Nationalkreditanstalten Deutschlands einbezogen mit Ausnahme derjenigen Wagnisse, von denen festgestellt wurde, daß sie den Ländern entnommen waren, die nimmend die Zurückzahlung des Entnommenen verlangen. (Geheim!) Die französische Regierung wird nicht die Rückzahlung des Goldes ver-

ir, insbesondere über die Opferlosigkeit der Sozialdemokratie gegenüber ihrer Presse, in der Frage der Beiträge für die Partei und dergleichen.

Der Parteitag zählt 314 Delegierte. Die Diskussion eröffnet „Bildungs“-Schulz, der über die kulturellen Aufgaben der Partei, insbesondere die Bildungs- und Jugendbewegung spricht.

Ans der weiteren Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes, in der es, abgesehen von persönlichen Bemerkungen und Empfindlichkeiten, nur um zu recht bestanden Gegenständen in der tatsächlichen Aufhebung hinsichtlich der Behandlung all der angesprochenen Fragen kam. Im Teil die Rede Scheidemanns, die er am Schluss der ersten Diskussionsperiode hielt, hervorgehoben. Scheidemann zeigte hierbei wieder einmal sein unerschütterliches Verstandesvermögen, das er es in der Tat fertig, daß die Partei, welche die Koalitionsentscheidung des Parteivorstandes bildet, am Schluss dieses Tages wieder zusammengekommen wurde. Sein Haupttrumpf war die Forderung: Sicherung der Republik unter allen Umständen! Er reklamiert auch für die Sozialdemokratie die Liebe zum Vaterlande. Aber man rede nicht davon, sondern handle danach! Hier habe die Wiederherstellung des Reichstums als Ziel. Scheidemann erklärte, da sehr man, was auf dem Spiele stehe. Jetzt müsse aber, um diese Sicherung zu gewährleisten, nun ganze Arbeit gemacht werden. So fordert Scheidemann die Reform unserer Justiz, ferner die ganz einschneidende Demokratisierung unserer Verwaltung, eine Reform unserer Schulwesen und vor allem der Universitäten. In das aber durchzuführen, müßte man Regierungen bilden können, die ausschließlich hinter diesen Forderungen händen. Mitglieder solcher Regierungen können nur diejenigen Parteien sein, die die Verfassung anerkennen und die zu ihrem Schutze alle Machtmittel anzuwenden bereit seien. Es sei ein großer Zustand, daß im Reich mit Recht gegen rechts und in Preußen mit Stierwald gegen links gerufen würde. Ob Scheidemann mit dieser Bemerkung den beiden genannten Verfallschritten einen besonderen Nachdruck verliehen hat, müssen wir so seinen eigenen Taktikstil überlassen. Aber es ist doch ein Versehen, das zum Nachdenken anregt, wenn man einen Scheidemann ansprechen hört, eine Änderung der jetzigen Verhältnisse sei erst dann möglich, wenn die Sozialdemokratie sich von dem Sozialismus löst. Das sagt derselbe Scheidemann, der sich seit Jahre und Tag als der größte Sozialdemokrat „bewährt“ hat.

Scheidemann meint weiter: Wenn es schon richtig sei, daß man eine Politik unter den jetzigen Verhältnissen nur von einem Tag zum anderen machen könne, dann könne man aber auch nicht die Parteitaktik durch Vavolen auf lange Zeit festlegen. Man könne also nicht sagen, daß man mit einer bestimmten Partei nicht in eine Regierung gehe. Es könne sich eine Partei von einem Tag auf den anderen eines Besseren besinnen. Scheidemann will dabei gar nicht einmal in erster Linie an seine eigene Partei denken. Er meint aber, man könne das auch an einer bestimmten Partei feststellen, etwa dadurch, daß mit dieser Partei zusammengearbeitet werden soll, die nicht der Verfassung angeheim wäre, dann wäre auch nicht ein Zusammengehen mit den Unabhängigen möglich. Man müsse nicht fragen, was eine Partei früher getan habe, sondern was sie künftig zu tun gewillt sei. Die Forderung, die man früher ausgegeben habe: Unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei wäre damals durchaus richtig gewesen. Aber jetzt sei sie nicht mehr richtig. Man sieht also, wie

langen, daß in Durchführung der Abmachungen von Calais in England zurückgehalten wird, bis zu dem Augenblick, wo die ganze Schuld Frankreich gegenüber der englischen Regierung zurückbezahlt sein wird.

Die Reise der Garantief Kommission

Paris, 20. September. Wie der „Temps“ mitteilt, begibt sich die Garantief Kommission übermorgen nach Berlin. Sie werde vor allem die Aufgabe haben, das Funktionieren der Kontrolle über die deutsche Ausfuhr zu überwachen und die Modalitäten der alle drei Monate stattfindenden Zahlungen zu bestimmen.

Die oberösterreichische Frage im Völkerbundsrat

Paris, 20. September. Gowan melbet aus Venedig, daß eine Sonderdelegation der Interalliierten Kommission bestehend aus einigen Engländern und einigen Amerikanern, sowie mehreren Beamten, einige Tage in Venedig verbracht hat. Die Delegation nahm vorbereitende Arbeiten vor, um die Aufgabe der Sachverständigen des Völkerbundes zu erleichtern, die demnachst an Ort und Stelle die oberösterreichische Frage prüfen soll.

Die oberösterreichischen Handwerker gegen eine Teilung

Wroslau, 20. September. Der 24. Bundesrat des Oberösterreichischen Handwerkerbundes, der in Oppeln zusammengetreten ist, hatte den Völkerbundsrat in einem Telegramm gebeten, bei der Entscheidung der oberösterreichischen Frage die Rechte und Interessen der Oberösterreicher mit Rücksicht auf die völlige sprachliche Zusammensetzung Oberösterreichs, sowie seiner eigenartigen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung durch eine weitestgehende Autonomie in einem ungeteilten Oberösterreich zu gewährleisten und dem Oberösterreichischen Handwerkerbunde Gelegenheit zu geben, seine Wünsche persönlich zu vertreten.

Die englisch-französischen Differenzen im Orient

London, 20. September. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Am letzten Freitag hat der französische Botschafter in London beim Auswärtigen Komite offizielle Vorstellungen erhoben wegen des Besuchs des Generals Sarrautein, der angeblichen Verweigerung in Konstantinopel zu verhaften. Der französische Botschafter erklärte, seine Resignation sei der Wunsch, daß der alliierte Oberbefehlshaber sein Mandat überschritten habe, das rein militärisch sei.

Die Taktik der Sozialdemokratie läßt. Scheidemann sagt, daß die Voraussetzung jeder neuen Regierungsbildung und der Verteilung der Sozialdemokraten an ihr ein bestimmtes Mindestprogramm und die Heberhebung bestimmter Ministerien an die Sozialdemokratie sei. Es handle sich ja nur um eine Arbeits- und nicht um eine Gesinnungsbewandlung, denn sonst hätte man ja nicht mit dem Zentrum in einer Koalition gehen können. Man sei nun einmal auf die Widerstände der anderen Parteien angewiesen, wenn man nicht auf jede Wirkung an den Staatsgeschäften verzichten wolle, und über den Standpunkt sei man ja heute hinaus. Der Parteitag stimmt dieser Auffassung durch starken Beifall zu. Wie sich die Koalitionsverhältnisse der nächsten Zeit gestalten werden, weiß heute noch kein Mensch. Es sei gewiß kein leichter Schritt, den die Sozialdemokratie zu gehen bereit sei, aber er müsse gegangen werden, weil es einen anderen Weg nicht gäbe. Mit einem Aufruf, die sozialistische Front zu verhärteten, damit die Sozialdemokraten einflussreich, so wie sie sträuben, das Reich in die Hand nehmen können, schloß Scheidemann seine Rede in die Hand nehmen können, schloß Scheidemann seine Rede ab. Die durch ihren Schwung hervorgerufenen antie-wirkung geblieben hat, die aber über die Grundfrage, was dem eigentlich zwischen solle und wie man es durchzuführen hoffentlich habe, die Parteimitglieder noch im Dunkel gelassen hat! Zusammen: Es ist ein Aufruf geschaffen, der diesen ersten Tag nicht unglücklich, vom Standpunkte der Beeinflussung der Delegierten für die Meinung des Parteivorstandes, abschließt.

Die Linie steht aber schon fest: Die Sozialdemokratie hält sich alle tatsächlichen Bewegungen fern, von denen sie glaubt, daß sie zum Ziele der Verhärtung ihrer Koalition führen.

Götting, 20. September.

In Göttingen ist Besatte über den Bericht des Parteivorstandes, bekräftigt, über ein Braunschweiger Komitee betreffend die Demokratisierung der Verwaltung. Müller (Franken) tritt für die Resolution des Parteivorstandes, betreffend die Koalition ein. Göttinger-Adm. bekräftigt die Resolution des Parteivorstandes, die die Stellung der Partei nach links erkläre. Dr. Koehler verweist auf die wirtschaftlichen Verhandlungen mit dem Auslande. In der Partei habe man vielfach den Ernst der Lage nach außen hin nicht begriffen, man dürfe nicht fragen, sollten wir die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinnehmen oder nicht, sondern sollten wir ihr weiter verhelfen, ohne die fürstbare Last der Verantwortung Koalition zu machen. Die geistige Auseinandersetzung mit dem Zentrum werde auch einmal kommen, und dann brauche die Sozialdemokratie die große Masse der Wähler der Volkspartei zur Sozialdemokratie, und man müsse sie gewinnen, um nationalitätlich vermischte Köpfe zur praktischen Mitarbeit zu erziehen. Otto Braun, früherer preussischer Ministerpräsident erklärte, daß nur eine Frage aufgeworfen werden dürfe, nämlich, wie man mit dem Zentrum, der Wahlen ergehen, ein Stück auf sozialistischem Wege vorwärts komme. Auf die Zahl im Kabinett komme es nicht an, sondern auf das Resultat und den dahinterstehenden Mann. Severing führte aus, daß man den Kampf zum Zwecke der Republik nicht im Papierkrieg führen dürfe, sondern, daß man die Macht in die Hände bekommen müsse. Wenn er das von sich als richtig erkannt durchzuführen wolle, dann suche er nach